



# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 16. JUNI 2022



## ANTRAG **PFLEGE STÄRKER** IN DEN QUARTIEREN VERANKERN!

Die Pflege soll stärker in den Quartieren verankert werden – und damit dort, wo die Menschen leben. Das hatte die SPD-Fraktion in ihr Konzept zur 10-Minuten-Stadt aufgenommen. Und auf ihre Initiative hin hat die Bürgerschaft heute einen Antrag der rot-grünen Koalition verabschiedet, der diesem Ziel mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen ein großes Stück näherkommen will.



„Wir möchten eine neue Ausrichtung der Unterstützung, Pflege und Teilhabe Älterer in unseren Quartieren diskutieren. ‚Pflege im Quartier‘ – so beschreiben wir schlagwortartig unsere Zielperspektive“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, in ihrer Rede in der Bürgerschaft.

Die Ausgangssituation sei dabei klar: Aktuell seien 4,3 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig, und die Tendenz sei deutlich steigend. Der demographische Wandel zeige sich zudem

auch bei den Fachkräften in der Pflege, deren Mangel zunehme. Und auch die Situation in der häuslichen Pflege verändere sich. 80 Prozent der Menschen würden zu Hause gepflegt und davon wiederum 56 Prozent von der eigenen Familie. „Wir stehen hier vor wachsenden Herausforderungen“, betonte Pfeiffer. „Zunehmende Mobilität führt dazu, dass Familien oft nicht am selben Ort leben. Das zeigt sich auch bei der hohen Zahl der Single-Haushalte – Bremerhaven und Bremen sind hier im Großstädtevergleich weit vorne in den Statistiken. Die Frauenerwerbsquote steigt und damit fallen Frauen, die traditionell die Care-Arbeit leisten, in der häuslichen Pflege zunehmend aus oder sind mit einer oft schweren Doppelbelastung aus Arbeit und Pflege konfrontiert.“

Diese Ausgangslage treffe auf Menschen, die den Wunsch hätten, im Alter so selbstbestimmt wie möglich zu leben, so lange wie möglich aktiv und in das Gemeinwesen integriert zu sein, gut versorgt zu sein und Hilfen bei Bedarf abrufen zu können und vor allem: auch bei Pflegebedürftigkeit dort wohnen zu bleiben, wo sie sich zuhause und eingebunden fühlten – im Stadtteil, in den angestammten vier Wänden.

Hier setze der heute verabschiedete Antrag an. Pfeiffer: „Wir sind fest davon überzeugt, dass wir die Pflege neu denken müssen, und zwar konsequent von Wünschen und Bedarfen der Pflegebedürftigen und ihren sorgenden Angehörigen aus. Wir sind überzeugt, dass wir das in unseren Quartieren gestalten können und müssen, denn dort können wir einen Beitrag dazu leisten, die Selbstständigkeit der Menschen, ihre Teilhabe, ihre Integration so lange es geht zu erhalten und genau damit eben



auch Pflegebedürftigkeit vermeiden, verringern oder ‚nach hinten‘ verschieben zu können. Und das entlastet auch sorgende Angehörige.“



Birgitt Pfeiffer

„Bei der Verwirklichung von ‚Pflege in Quartieren‘ fangen wir nicht von vorne an. Wir haben in unseren Städten schon einiges an lokaler Infrastruktur und auch eine in Teilen schon bestehende Vernetzung“, sagte Pfeiffer und hob hervor, dass die rot-grüne Koalition diese Strukturen auch finanziell gestärkt habe. „Diese gute Grundlage wollen wir nutzen, um unsere quartiersbezogenen Versorgungsstrukturen zu stärken, vorhandene Zahnräder besser ineinandergreifen zu lassen und um neue Zahnräder zu ergänzen. Wir meinen, dass wir mehr Brücken brauchen zwischen unterstützenden und Teilhabe- und pflegerischen Angeboten. Wir können durch quartiersbezogene Ansätze gezielter auf bestimmte Gruppen zugehen und maßgeschneiderte, präventiv wirksame Angebote bereitstellen. Kurz gesagt: Wir wollen eine proaktive, eine vor- und versorgende Strategie, orientiert an den Interessen, Bedürfnissen und Bedarfen Älterer in den Quartieren.“

>Antrag: Paradigmenwechsel für ein selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben: Pflege im Quartier  
[https://bit.ly/pflege\\_quartier](https://bit.ly/pflege_quartier)

Weitere Infos zur 10-Minuten-Stadt:  
[10-minuten-stadt.de](https://10-minuten-stadt.de)



## ANFRAGE **HANDWERK ZUKUNFTSFEST FÜR KLIMASCHUTZ AUFSTELLEN**

Die Arbeitswelt verändert sich nicht nur durch die Digitalisierung und eine globalisierte Wirtschaft. Auch der Klimaschutz spielt hier eine wichtige Rolle. Manche Branchen, die stark von fossiler Energie abhängig sind, brauchen weniger oder andere Fachkräfte. Und auch im Handwerk sind zusätzliche Kompetenzen gefragt, zum Beispiel im Bereich der Heiz- und Klimatechnik oder auch der energetischen Sanierung. Wie klimaschutzrelevantes Handwerk durch Qualifizierung gestärkt werden kann, wollte die rot-grün-rote Koalition in einer Großen Anfrage wissen. Heute nun wurde die Antwort des Senats in der Bürgerschaft debattiert.

„Das Handwerk stellt eine wichtige und unverzichtbare Instanz der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft und Arbeitswelt dar“, betonte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, in der Debatte. „Und das Handwerk wird in Zukunft eine noch wichtigere Rolle einnehmen. Um Bremen und Bremerhaven klimaneutral zu gestalten, werden wesentlich mehr fachlich sehr gut qualifizierte Handwerker:innen benötigt. Das betrifft vor allem aber nicht ausschließlich den Gebäudesektor. Allein in diesem Bereich wird davon ausgegangen, dass man bis 2030 zusätzlich zu den bestehenden Stellen mehr als 5.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt. Es ist das Handwerk, welches uns ein Stück unabhängiger von fossilen Brennstoffen machen kann. Dazu braucht es qualifizierte Beschäftigte.“

Stahmann weiter: „Die Handwerksbetriebe sind also gezwungen ihre Beschäftig-



ten immer auf den Stand der Technik, der Digitalisierung und den neuen Umweltstandards zu qualifizieren. Weiterbildung bekommt dadurch einen hohen Stellen-



**Volker Stahmann**

wert – zum Erhalt der Betriebe und zur Attraktivität der Arbeitsplätze. Umweltschutz gestalten kann auch Beschäftigung halten.“

„Einerseits sind hier die Betriebe in der Verantwor-

tung“, sagte Stahmann abschließend, „auf der anderen Seite stehen wir als SPD aber auch für regionale Unterstützung, beispielsweise durch die Forcierung der Ausbildung, Transformationslotsen und der Ausdehnung der Beratung zu Möglichkeiten der Finanzierung von Fort- und Weiterbildungen im Rahmen des Qualifizierungschancengesetzes. Im Rahmen der Qualifizierungsambitionen wird es sowohl um die Digitalisierung als auch um die Nutzung klimaschonender Technologien im Handwerk gehen. Dabei kommt den Berufsschulen in Bremen und Bremerhaven eine besondere Bedeutung zu.“



## FRAGESTUNDE RAUCHFREIE STADIEN IN BREMEN

Rauchen schadet der Gesundheit – obwohl dies mittlerweile hinlänglich bekannt ist, rauchen noch immer gut 25 Prozent der Deutschen regelmäßig. Während das Rauchen in Innenräumen seit Jahren quasi geächtet und in weiten Teilen verboten ist, so ist der blaue Dunst beispielsweise nach wie vor fester Bestandteil von Live-Events wie Konzerten oder Fußballspielen. Doch insbesondere bei Sportveranstaltungen sind Raucher:innen die qualmende Minderheit, beziehen aber zahllose Nichtraucher:innen und vor allem auch Kinder in ihr Laster mit ein. Dies hat sich die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eva Quante-Brandt, zum Anlass genommen, um beim Senat nachzufragen, welche Rauchverbots-Regelungen für die Stadien der Sportvereine im Profi- und Halbprofibereich im Land Bremen gelten, wie der Senat entsprechende Rauchverbote bewertet und welche Kenntnisse er über entsprechende Konzepte im Land Bremen hat.

„Im Land Bremen finden lediglich im wohninvest Weserstadion und im Stadion auf Platz 11, das sich in unmittelbarer Umgebung des wohninvest Weserstadions befindet, Wettbewerbe im Profi- oder Halbprofibereich statt“, berichtete Sportsenatorin Anja Stahmann für den Senat. Im Weserstadion gelte in allen überdachten und geschlossenen

Räumlichkeiten ein Rauchverbot, also beispielsweise in den Büroräumen, den Logen und den Funktionsräumen. „Im Zuschauerbereich gibt es mit dem AOK-Gesundheitsblock, dem Nichtraucherblock, bewusst bereits eine klare Botschaft an Ticketkäufer:innen, dass in diesem Block nicht geraucht werden darf“, so Stahmann. „An den Zugängen zu diesem Block wird verstärkt darauf hingewiesen“. Im Stadion auf Platz 11 sei lediglich das Rauchen in geschlossenen Räumen untersagt.

„Für den Start der neuen Saison 2022/2023 erarbeitet der SV Werder Bremen ein Konzept, um mittelfristig ein rauchfreies Stadion im Bereich der Zuschauerränge anzustreben“, so die Senatorin. „Das Ziel ist es, in den Zuschauerrängen im Zeitfenster von 15 Minuten vor dem Anpfiff bis 15 Minuten nach dem Abpfiff rauchfrei zu sein. Auf mehreren



Eva Quante-Brandt

Kommunikationswegen sollen Fans zu diesem Verhalten animiert und ermutigt werden“, berichtete Stahmann abschließend. „Der Senat begrüßt, dass die Bremer Weser-Stadion GmbH und Werder

Bremen gemeinsam an einem Konzept für ein rauchfreies Stadion arbeiten und wird dieses Vorhaben auch über den Aufsichtsrat der BWS unterstützen“.

Das Konzept setze ein hohes Maß an Freiwilligkeit voraus, resümierte Eva Quante-Brandt. Andere Fußballclubs wie der FC Bayern München, die TSG Hoffenheim oder der 1. FC Köln hätten bereits eine Rauchfreiheit in ihren Stadien erreicht. Auf die Nachfrage der Sozialdemokratin, wann denn in Bremen mit einer Rauchfreiheit zu rechnen sei, stellte Sportsenatorin Anja Stahmann noch einmal klar, dass der gesamte Themenkomplex rund um Nichtraucherschutz heiß diskutiert werde. Weiterhin betonte sie, dass es in Momenten der Emotionalität, wie es in Stadien teilweise der Fall sei, manchmal schwierig sei, entsprechende Regeln auch durchzusetzen. Auch eine Ausweitung der Anwendungsbereiche des Nichtraucherschutzgesetzes, wie von Quante-Brandt vorgeschlagen, sei wahrscheinlich nicht der optimale Weg, so die Sportsenatorin. Zwar werde die Rauchfreiheit noch einmal eine andere Wirkung haben, wenn sie in Gesetzesform gegossen sei – schlussendlich müsse man die Menschen überzeugen und mitnehmen. Und eine so strenge Regelung, wie sie im Stadion des FC Bayern München durchgesetzt werde, sei in Bremen, so Anja Stahmann, „bisher noch nicht die Zielvorgabe“.

## FRAGESTUNDE

## WESERWASSER ALS WÄRMEQUELLE?

Die Weser prägt das Wesen des Landes Bremen – und könnte künftig nicht nur für Wärme, sondern auch für eine Absenkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes des Zweistädtestaates sorgen. Mithilfe von Wärmepumpen könne sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven Fernwärme aus Flusswasser entstehen, schlug jüngst das Hamburg Institut im Rahmen der Klimaschutz-Enquetekommission vor. Ein Investor am Kellogg's-Gelände wolle eine solche Anlage bereits errichten. Der SPD-Abgeordnete Jörg Zager hat die heutige Fragestunde genutzt, um beim Senat nachzufragen, wie viele Menschen mithilfe einer solchen Technologie mit Wärme versorgt werden könnten, wie der Senat die Vorschläge des Instituts generell bewertet und wie der Senat die mögliche Installation entsprechender Wärmepumpen unterstützen kann.

„Nach Auffassung des Senats ist der Einsatz von Wärmepumpen eine wichtige Option für die Deckung des zukünftigen Fernwärmebedarfs“, erklärte Staatsrat Enno Nottelmann für den Senat. „Die Nutzung von Weserwasser als Wärmequelle ist sowohl



Jörg Zager

in Bremerhaven als auch in Bremen möglich“. Für das Kellogg's-Quartier auf der Überseeinsel sehe ein Investor bereits die Nutzung einer Flusswasser-Wärmepumpe vor.

Zwar liege dem Senat keine Information über potentiell versorgte Menschen vor. „Dem Gutachten ist aber zu entnehmen, dass 2030 in Bremerhaven 20 Prozent und in Bremen 14 Prozent des Fernwärmebedarfs durch Flusswasser-Wärmepumpen gedeckt werden könnten“, so der Staatsrat für Klima, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. In Bremerhaven könne man hierfür laut Gutachten drei, in Bremen insgesamt fünfzehn Flusswasserwärmepumpen mit jeweils 10 Megawatt thermischer Leistung installieren. „Der Senat wird Projekte zum Bau von Flusswas-

ser-Wärmepumpen aktiv unterstützen“, berichtete Nottelmann abschließend. „Eine Beteiligung der Städte erfolgt im Rahmen der erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnis“, für die Errichtung der Anlagen könnten Investoren die umfangreichen Förder- und Finanzierungsangebote des Bundes nutzen. Einen Zwischenstand hinsichtlich des Zeitplans werde man in der nächsten Sitzung des Klimacontrolling-Ausschusses vorlegen, so Nottelmann auf Nachfrage. Auch werde man in diesem Kontext über mögliche Orte und weitere Planungen, sofern vorhanden, berichten.



Foto: Wikimedia / Umland / CC-BY-2.0

## FRAGESTUNDE

## LEERSTAND BEI BUNDESEIGENEN WOHNIMMOBILIEN

**Eigentum verpflichtet – auch den Staat. Das Bundesamt für Immobilienaufgaben (BImA) besitzt einige tausend Wohnungen. Wie viele es im Land Bremen sind, wie hoch die Leerstandsquote dieser Wohnungen ist und was die Gründe dafür sind, das wollte Falk Wagner, SPD-Fraktionssprecher für Wohnen, Bau und Stadtentwicklung, vom Senat wissen.**



Falk Wagner

„Die BImA hat in Bremen derzeit 91 bundeseigene Wohnungen. Davon stehen aktuell 29 leer“, so der Senat in seiner schriftlichen Antwort. In Bremerhaven verfüge die BImA über keine Wohnungen

oder Wohnobjekte. Derzeit laufe ein umfassendes Sanierungsprogramm. Davon betroffen seien „30 Wohnungen am Niedersachsendamm 78-91, 28 Wohnungen in der Togostraße und in der 20 Objekte in der Bruno-Bürgel-Straße“. Und weiter: „Bedingt durch Zwischenlösungen werden verschiedenen Wohneinheiten immer mal zwischengenutzt“.

Die Leerstandsquote betrage 1,1 Prozent, Angaben über die letzten zehn Jahre habe die BImA keine gemacht. Die Gründe für den Leerstand seien unterschiedlich – so stehe eine Wohnung aktuell fluktuationsbedingt leer, zwei Objekte sollen veräußert werden, andere würden bald in Stand gesetzt. Bis auf jene zwei Ausnahmen werde die BImA also ihre Wohnliegenschaften im Bestand halten.

## FRAGESTUNDE SICHERHEITSMASSNAHMEN IN DEN BREMISCHEN HÄFEN

Es war eine spektakuläre Aktion, die eine Umwelt-NGO im Sommer 2019 durchführte: Etwa 100 Schlüssel wurden aus im Emdener Hafen zur Verschiffung gepackten SUVs entwendet und auf die Zugspitze verbracht. Nicht minder aufsehenerregend lief eine Protestaktion in Bremerhaven ab – mehrere dutzend Aktivist:innen drangen mit Schlauchbooten in den Sicherheitsbereich des Hafens ein, blockierten eine Verloaderampe und brachten Transparente an. Die Aktionen lenkten dabei auch den Blick auf die Sicherheitsmaßnahmen der Häfen, die an jenen Tagen krachend versagten. Ein Grund für den SPD-Abgeordneten Kevin Lenkeit, sich beim Senat nach Kriminalität und Sicherheitsmaßnahmen im Bremer Hafengebiet zu erkundigen. Wie viele Fahrzeug-Diebstähle gab es dort seit 2019? Wie werden die Fahrzeuge gesichert? Und wurden in den letzten drei Jahren die Sicherheitsstandards in den Häfen erhöht?



„Seit 2019 wurde bei der örtlich zuständigen Ortspolizeibehörde Bremerhaven eine niedrige, insgesamt zweistellige Anzahl von Fällen angezeigt, in denen Fahrzeuge oder Fahrzeugteile aus dem Hafengebiet entwendet wurden“, so Hafensenatorin Claudia Schilling für den Senat. „Nach Mit-



Kevin Lenkeit

teilung der BLG wurden insgesamt zwölf Diebstähle von Fahrzeugen, fünf Diebstähle von Fahrzeugschlüsseln und vier Diebstähle von weiteren Fahrzeugteilen angezeigt. Der entstandene Gesamtschaden beläuft sich auf einen höheren sechsstelligen Euro-Betrag. Die Diebstähle wurden jeweils der Versicherung gemeldet.“

Die Zugangsbeschränkungen nach dem internationalen Code für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen und alle weiteren Sicherungsmaßnahmen der

Hafenanlage lägen in der Verantwortlichkeit des jeweiligen Betreibers der Anlage, so Schilling. „Es handelt sich dabei um betriebsinterne und vertrauliche Informationen, die nicht zur Veröffentlichung geeignet sind“. Ebensovienig seien Verbesserungen, die der Hafенbetreiber nach der Aktion im Herbst 2019 im eigenen Interesse durchführt, für die Veröffentlichung geeignet. Auf Nachfrage Lenkeits wird die Hafensenatorin jedoch im nichtöffentlichen Rahmen noch detaillierter berichten.

## FRAGESTUNDE STUDIERENDE DRITTSTAATEN-ANGEHÖRIGE AUS DER UKRAINE

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg, den Russland in der Ukraine begonnen hat, hat eine große Fluchtbewegung in Gang gesetzt. Auch Menschen, die in der Ukraine studiert haben, aber einem Drittstaat angehören, sind nach Deutschland geflohen. Antje Grotheer, Sprecherin der SPD-Fraktion für Europa, hat beim Senat nachgefragt: Welchen rechtlichen Status genießen diese Studierenden? Und beabsichtigt das



Antje Grotheer

Land Bremen, diesen Studierenden hier ein Studium zu ermöglichen?

„Alle Drittstaatsangehörigen, die sich zum Kriegsbeginn in der Ukraine aufgehalten haben und danach in das Bundesgebiet eingereist sind, benötigen bis zum 31. August 2022 keinen deutschen Aufenthaltstitel“, berichtete der Senat in seiner schriftlichen Antwort. Voraussetzung dafür sei die Einreise mit einem gültigen Nationalpass. „Die Drittstaatsangehörigen, die nicht sicher und dauerhaft in ihr Herkunftsland zurückkehren können, erhalten, wie ukrainische Staatsangehörige auch, aufgrund der Massenzustromrichtlinie eine Aufenthaltserlaubnis“. Sollten besagte

Drittstaatsangehörige nur über einen befristeten Aufenthaltstitel verfügen, müsse man einzelfallbezogen prüfen, ob diese sicher und dauerhaft in ihr Heimatland zurückkehren könnten.

„Der Senat ermöglicht aus der Ukraine geflüchteten Studierenden aus Drittstaaten, ihr Studium in Bremen fortzusetzen“, heißt es in der Antwort des Senats weiter. Das Wissenschaftsressort habe bereits frühzeitig Maßnahmen ergriffen, um diese Studierenden zu unterstützen – beispielsweise durch Sprachkurse und andere Maßnahmen.